



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 607 Postulat Budmiger Marcel und Mit. über keinen Millionenabbau im öffentlichen Verkehr / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 607 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Marcel Budmiger hält an der Dringlichkeit fest.

Marcel Budmiger: Eigentlich möchte die SP-Fraktion dieses Postulat gar nicht dringlich behandeln. Sofern Sie auf die Botschaft B 132 eintreten und ihr zustimmen, erübrigt sich das Postulat sogar. Leider hat die VBK in der Vorberatung zur Botschaft B 132 den öffentlichen Verkehr ausgeblendet und sich auf den Strassenverkehr konzentriert. Falls unser Rat tatsächlich nicht auf die Botschaft B 132 eintritt oder diese ablehnt, ist es wichtig, über eine Kompensation im Budget 2019 diskutieren zu können. Mit der Ablehnung der Dringlichkeit sendet der Regierungsrat ein schlechtes Zeichen. Eine zuverlässige Finanzierung des öV scheint ihm offenbar nicht so wichtig zu sein, die Gegner der Neuverteilung der Strassensteuer dürften sich dadurch in ihrer Ablehnung bestärkt fühlen. Wenn man dem öV keine zusätzlichen zweckgebundenen Mittel geben und trotzdem nichts kompensieren muss, kann die Situation gar nicht so schlimm sein. Unserer Meinung nach wäre es aber schlimm, wenn beim öV auf einen Schlag 13,5 Millionen Franken fehlen würden. Die Luzerner Stimmbevölkerung hat ein Recht darauf, vor der Abstimmung über die öV-Initiative zu wissen, ob der Kantonsrat das öV-Globalbudget zusammenstreichen will oder ob er nach einer Kompensation sucht. Das politische Gewicht ist unserer Meinung nach gegeben. Ein weiterer Grund spricht für die dringliche Behandlung des Postulats: Laut Budget 2019 besteht für die im Postulat geforderte Kompensation praktisch kein Spielraum. Darum ist es wichtig, bereits in dieser Session Klarheit über diese Frage zu schaffen und allenfalls bis zur nächsten Session eine Lösung zu finden, mit der die Schuldenbremse trotzdem eingehalten werden kann. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen. Falls die Botschaft B 132 Zustimmung findet, ziehen wir das Postulat zurück.

Daniel Keller: Eigentlich sollten wir uns nur zur Dringlichkeit äussern, andernfalls zieht sich die Debatte endlos in die Länge. Die SVP-Fraktion lehnt die dringliche Behandlung ab, da die Dringlichkeitskriterien nicht erfüllt sind.

Guido Bucher: Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Falls unser Rat, wie vom Postulanten vermutet, nicht auf die Botschaft B 132 eintritt, kommen wir im Rahmen der Budgetdebatte wieder auf dieses Thema zurück.

Pius Kaufmann: Scheinbar hält sich unser Rat nicht an die gewohnte Reihenfolge. Heute behandeln wir die Botschaft B 132, ohne über das Postulat P 512 befunden zu haben, dem die Botschaft zugrunde liegt. In der Regel behandeln wir zuerst ein Postulat und erteilen damit der Regierung den Auftrag, eine Botschaft zu erarbeiten. Mit dem Postulat P 607 wird nun sogar noch ein Vorstoss für den Fall eingereicht, einen möglichen Fehler korrigieren zu können. Wir sollten uns wieder an unsere gewohnten Abläufe halten. Sowohl das Postulat

P 607 wie auch die Anfrage A 608 können im Rahmen des Budgets behandelt werden, daher lehnt die CVP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Es ist wichtig, bereits im Vorfeld die Weichen für den öV zu stellen und die Gelder zu sichern, damit wir keine grossen Sparmassnahmen in Kauf nehmen müssen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Das Budget und der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019–2022 geben Auskunft über die für den öV eingestellten Gelder. Die Kontinuität im öV ist hoch. Der Vorstoss kann zusammen mit dem AFP beraten werden, daher bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 89 zu 22 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.